

Energiewende: Bundesumweltminister Peter Altmaier will heute Thüringens Unternehmer ins Boot holen

Die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung

TLZ Exklusiv-Interview: Das Projekt ist auf einem guten Weg – Die Kosten sind von allen zu tragen

■ Von Hartmut Kaczmarek



Der Zeitplan der Energiewende wird gehalten: Das versicherte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) im TLZ-Interview. Gleichzeitig lobte er die konstruktive Zusammenarbeit mit der Thüringer Landesregierung. Foto: dapd

Erfurt. Thüringens Unternehmer stöhnen über zu hohe Energiekosten. Im Zuge der Energiewende werden sie noch weiter steigen. Wieweit und inwiefern die Bundesregierung hier Entlastungen plant, das wird ihnen heute beim IHK-Unternehmerforum in Erfurt Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) erklären. Die TLZ sprach mit dem Minister über die Energiewende und steigende Strompreise.

Bund und Länder haben sich am vergangenen Freitag auf eine gemeinsame Strategie zur Energiewende, auf einen nationalen Ausbauplan, geeinigt. Sind Sie optimistisch, dass diese Absprachen eingehalten werden?

Es wird ein steiniger Weg werden. Denn im Detail geht es um sehr schwierige Fragen mit großen Interessenunterschieden. Deutlich geworden ist aber, dass wir gemeinsam den Willen zum Erfolg haben. Wir werden jetzt sehr zügig den von mir vorgeschlagenen Dialog über das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) führen. Bei den entscheidenden Fragen werden wir uns schrittweise aufeinander zubewegen. Dazu zählen für mich die Abstimmung des Ausbaus der Erneuerbaren auf den Netzausbau, die Abstimmung des Ausbaus der Erneuerbaren mit konventionellen Energien, geographische und die regionale Verteilung des Ausbaus. Dieser Prozess wird einige Wochen und Monate dauern. Aber seit dem Energiegipfel bin ich davon überzeugt, dass wir das Problem gemeinsam lösen können.

Sie wollen die Energiewende insgesamt entschleunigen. Anders wie der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig drängen auf mehr Tempo. Wie schnell soll es jetzt wirklich gehen?

Alle haben jetzt die Dimension des Themas begriffen. Ich habe mal gesagt, es ist die größte Herausforderung für Deutschland seit dem Wiederaufbau und der Wiedervereinigung. Wir müssen jetzt mehr politische Priorität auf die Umsetzung der Energiewende verwenden, wir müssen Fehler korrigieren und wir müssen für Planbarkeit und Berechenbarkeit sorgen. Das Tempo der Energiewende ist nicht in erster Linie abhängig vom Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren, sondern davon, dass wir den Ausbau der Erneuerbaren und alle anderen Aspekte der Energiewende erstmals in ein Gesamtsystem bringen. Alle Elemente müssen darin aufeinander abgestimmt sein. Dazu gab es bis vergangenen Freitag keine erkennbare Bereitschaft. Das hat sich geändert. Deshalb glau-

be ich, dass die Energiewende mit den Beschlüssen des vergangenen Freitags Fahrt aufnehmen wird.

Sind denn die vergangenen anderthalb Jahre seit Fukushima verlorene Zeit gewesen, wenn Sie sagen, jetzt geht es erst richtig los?

Es war keine verlorene Zeit, weil in diesem Zeitraum klar geworden ist, dass die Energiewende auch tatsächlich umgesetzt werden muss. Sie war ja eine Zeit lang umstritten. Seit einigen Monaten wächst die Zustimmung auch in den Kreisen der Wirtschaft. Es gibt aber vor allem bei mittelständischen Unternehmen die Mahnung, dass die Politik auch ausreichend Sorge trägt für wettbewerbsfähige Preise. Ich versuche, die mittelständischen Unternehmer als Verbündete der Energiewende ins Boot zu holen

Es geht auch um Arbeitsplätze

Wie wollen Sie das schaffen? Mein Angebot besteht darin, mich auch um die Bezahlbarkeit zu kümmern. Das bedeutet, dass Anstiege der EEG-Umlage in der Größenordnung dieses Jahres künftig zu vermeiden sind.

Gerade bei den mittelständischen Unternehmen hört man immer wieder, dass die energieintensiven Unternehmen zwar entlastet werden, das aber den Mittelständlern überhaupt nichts nützt.

Einigkeit besteht darin, dass den Unternehmen, die besonders energieintensiv sind und im

internationalen Wettbewerb stehen, geholfen werden muss. Denn ich möchte, dass wir durch die Energiewende Arbeitsplätze gewinnen und nicht verlieren. Die Streitfrage ist nur, ob diese Ausnahmeregelungen in jedem Einzelfall wirklich gerecht und sachdienlich waren. Deshalb habe ich mit den Ministerpräsidenten vereinbart, dass wir uns die Ausnahmeregelungen noch einmal anschauen und Veränderungsbedarf prüfen werden. Wenn das der Fall ist, werde ich mich dieser Aufgabe auch stellen.

Aber dem normalen Mittelständler ist damit eigentlich nicht geholfen.

Wir können eben nicht jeden entlasten, weil die Kosten der Energiewende von allen zu tragen sind. Das war allerdings auch bekannt, als die Energiewende beschlossen wurde. Sie ist nicht zum Nulltarif zu haben. Trotzdem haben wir in großer parteiübergreifender Einigkeit der Energiewende zugestimmt. Aber wir können etwas tun, dass die Kosten der Energiewende schon in wenigen Jahren nicht mehr so belastend sind. Wir brauchen ein vernünftiges Ausbautempo, wir brauchen ein Konzept, das Erneuerbare Energien schneller marktfähig macht. In dem Augenblick, wo Erneuerbare Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen in Deutschland zu produzieren sind, belasten sie den Stromkunden nicht mehr mit Subventionen.

Was ist denn Ihre Botschaft an den normalen Stromkunden? Aus der Erfahrung vom Oktober

wollen wir lernen. Das geht aber nur, wenn die Bundesländer und der Bund tatsächlich gemeinsam handeln. Natürlich wird es noch einige Wochen und Monate dauern, bis wirksame Maßnahmen in Kraft treten und zu wirken beginnen. Wer nicht so lange warten möchte, hat die Möglichkeit, durch Energiesparen seinen eigenen Stromverbrauch und seine Stromkosten zu senken. Das ist der Grund, warum wir sowohl dem Mittelstand wie auch Geringverdienern und einkommensschwachen Haushalten eine Energieberatung anbieten. Damit kann der Einzelne auch etwas tun, bis die Maßnahmen, die wir beschließen, auch greifen.

Rennsteig-Trasse wird benötigt

Ich möchte noch zwei Themen, die für Thüringen relevant sind, ansprechen. Das eine ist der Netzausbau. Es gibt hier ja heftige Auseinandersetzungen um die 380-kV-Trasse durch den Thüringer Wald. Und im Netzausbauplan sind weitere Trassen durch Thüringen geplant. Inwiefern sind die notwendig?

Zunächst möchte ich feststellen, dass die Kooperation mit Thüringen in allen Fragen der Energiewende hervorragend ist. Das gilt für die Zusammenarbeit mit der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, die beim Zustandekommen der Beschlüsse vom vergangenen Freitag eine ausgesprochen konstruktive und entscheidende Rolle gespielt hat. Das gilt aber auch für mein persönliches Verhältnis zu Wirtschaftsminister Matthias

Machnig, der wesentlich bei der Neuordnung der Fotovoltaik mitbeteiligt war. Was den Trassenausbau angeht: Hier kommen wir in Thüringen sehr vernünftig voran. Wir versuchen, den Trassenausbau auf das absolute Minimum zu begrenzen. Aber die so genannte Rennsteigquerung werden wir auf jeden Fall benötigen. Dieses Projekt werden wir in der vorgesehenen Zeit meistern.

In Thüringen gibt es auch starke Bestrebungen zu einer regionalen oder sogar lokalen Energieversorgung. Wo sehen Sie hier Grenzen der Entwicklung?

Man muss zwischen den ländlichen Regionen und Ballungsgebieten unterscheiden. In den ländlichen Regionen ist es wünschenswert, dass es zur Energieautarkie kommt, weil dadurch ganze Dorfgemeinschaften über günstige Energie verfügen. Anders sieht das natürlich in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet aus. Dort brauchen wir neben dezentralen auch zentrale Lösungen. Grundsätzlich halte ich es für richtig, wenn Bürgerinnen und Bürger sich am Zustandekommen der Energiewende beteiligen und überlegen, wie sie in ihrer Straße oder ihrer Gemeinde dazu beitragen können, dass eine verlässliche und kontinuierliche Energieerzeugung hergestellt wird.

Gerät der Zeitplan der Energiewende ins Wanken oder können Sie ihn halten?

Ich bin mehr denn je davon überzeugt, dass wir den Zeitplan der Energiewende einhalten werden.

MEIN TAG

Der richtige Mann

■ Von Hartmut Kaczmarek



Als ich Peter Altmaier an seinem Handy erwische, ist er gerade im Berliner Kadewe unterwegs, irgendwo zwischen Käsetheke und Wurstsortiment. Aber das zugesagte Interview, das wolle er natürlich geben. Dazu brauche ich später nicht noch einmal anzurufen. Ich kann mir gut vorstellen, wie die Kadewe-Kunden geguckt haben, dass da ein Bundesminister irgendwo mitten zwischen den Wochenend-Angeboten über die Energiewende quasi aus dem Stegreif plaudern kann.

Aber so ist eben Peter Altmaier. Immer und überall ansprechbar, der massige Politiker ist so etwas wie die Verkörperung der Energiewende in Deutschland. Er hat nichts von Behäbigkeit an sich, wie man bei seiner Körperfülle annehmen könnte, in Berlin ist er sogar mit dem Fahrrad unterwegs, wie Kollegen berichten. Er hat vielleicht den wichtigsten Job in der Bundesregierung neben dem Finanzminister. Er muss dafür sorgen,

dass die Energiewende gelingt, nachdem in den vergangenen anderthalb Jahren viel Zeit vertan worden ist. Das deutet er im Interview zwar nur an, wer aber zwischen den Zeilen lesen kann, weiß, was und wen er meint.

Altmaier, der Bundestwitterminister, wie er auch genannt wird, ist der richtige Mann für diesen Job. Er ist Politiker durch und durch, jemand, der sein Leben der Politik verschrieben hat. Das Gelingen der Energiewende ist eine Zukunftsfraße für uns alle – weit über den Wahltermin 2013 hinaus. So beherzt aber auch kühl-kalkulierend, wie Altmaier das anpackt, kann das Projekt gelingen.

„Dukatenesel“ liefert nicht mehr so viel

Sorgen in der sparsamsten Gemeinde

Edertal. (dapd) Nordhessen gilt als Modellregion der Energiewende. Auch Edertals Bürgermeister Wolfgang Gottschalk betont gerne die Vorreiterrolle seiner Kommune in diesem Sektor: „Wir setzen ganz auf regenerative Energien. Vor allem auf Wasserkraft“, sagt der parteilose Verwaltungschef der Gemeinde am Ederstausee. Jahrzehnte lang hat allerdings das lukrative Geschäft mit der Veredlung von herkömmlich produzierten Strom die Stadtkasse üppig gefüllt – die Energiewende drückt jetzt auf den Haushalt der 6500 Einwohner zählenden Kommune.

In einer Vergleichsstudie des hessischen Landesrechnungshofes vom Oktober 2012 wies Edertal noch mit 326 Euro die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung von 25 unter die Lupe genommenen Gemeinden in Hessen auf. Der landesweite Durchschnitt lag 2011 demnach bei 2805 Euro Schulden pro Einwohner.

Aus dem Vollen geschöpft

Investitionen in Infrastruktur habe Edertal schuldenfrei aus Rücklagen finanziert. Die 13 zusammengeschlossenen Dörfer hätten jeweils ein teures, aber fortschrittliches Kinderbetreuungsangebot, und die Feuerwehren der einzelnen Ortsteile seien modern ausgerüstet, zählt der Bürgermeister die Vorzüge seiner Gemeinde auf. Nur ein öffentliches Schwimmbad – in anderen Kommunen meist ein rot markierter Haushaltsposten – leiste sich Edertal nicht. „Wir haben den Edersee“, betont Gottschalk. „Magnet für jährlich zwei Millionen Besucher“ und vor allem Energie- und somit Geldquelle – bislang. Mit der Energiewende sei der größte Gewerbesteuerzahler weggebrochen, beklagt Gottschalk.

Pumpspeicherkraftwerke (PSW) – wie das des Energiekonzerns Eon am Edersee – warfen bis zum eingeläuteten Atomausstieg hohe Profite ab. Seither ist die Speichernutzung dem Bundesverband für Windenergie zufolge um 70 Prozent zurückgegangen. Etwa drei Millionen Euro habe das PSW jährlich in die Stadtkasse gespült, für das laufende Jahr rechnet der Bür-

germeister nur noch mit 300 000 Euro.

Das Kraftwerk funktioniere wie eine große „Batterie“, erklärt ein Eon-Mitarbeiter. Nachts oder an Wochenenden werde günstiger Strom genutzt, um das Wasser vom unteren Stausee in ein 350 Meter höher gelegenes Becken auf dem Peterskopf zu pumpen. Steigt der Strombedarf – zu Spitzenlastzeiten, wenn Energie teuer ist –, würden die Turbinen mit dem Wasser aus dem Oberbecken betrieben und bis zu 580 Megawatt gewinnbringend ins Netz gespeist.

Ausbaupläne in der Schublade

Eon hat seit Dezember 2011 genehmigte Pläne in der Schublade, um das Edertal-Kraftwerk auszubauen. „Waldeck zwei plus“ sollte noch einmal 300 Megawatt zusätzlich bringen. Seit September liegt das Vorhaben brach. „Bei der derzeitigen energiewirtschaftlichen Situation ist eine Investitionssicherheit nicht gegeben“, sagt eine Eon-Sprecherin. 2013 sollten die Pläne neu überdacht werden. Die Mittagsspitzen der Stromnachfrage würden zunehmend von erneuerbaren Energien abgedeckt, erklärt die Sprecherin. Außerdem seien am Großmarkt die Strompreise deren der einzelnen Ortsteile seien modern ausgerüstet, zählt der Bürgermeister die Vorzüge seiner Gemeinde auf. Nur ein öffentliches Schwimmbad – in anderen Kommunen meist ein rot markierter Haushaltsposten – leiste sich Edertal nicht. „Wir haben den Edersee“, betont Gottschalk. „Magnet für jährlich zwei Millionen Besucher“ und vor allem Energie- und somit Geldquelle – bislang. Mit der Energiewende sei der größte Gewerbesteuerzahler weggebrochen, beklagt Gottschalk.

Die Auswirkungen des Atomausstiegs auf den kommunalen Haushalt in Edertal betrachtet der Bürgermeister mittlerweile halbwegs gelassen. Die Gemeinde sei vorbereitet auf die Energiewende – gewinnbringend. Auf der Einnahmenseite tauche bereits an ganz neuer Stellen auf: Sonnenenergie. An den Südhängen rings um die einzelnen Dörfer sind in den vergangenen Jahren etliche Solaranlagen errichtet worden. Und auch hierüber lasse sich Gewerbesteuer einnehmen, sagt Gottschalk.

In fünf Jahren werde die Kommune bei einem erneuten Vergleich des Rechnungshofes „bestimmt noch gut abschneiden“, sagt er zuversichtlich. Auch wenn die Gemeinde den Titel „am niedrigsten verschuldete Gemeinde Hessens“ wohl nicht werde verteidigen können.

Jetzt sind die Bundesländer in der Pflicht

Reform des EEG soll bessere Koordinierung ermöglichen – Ex-Minister Röttgen besorgt über Kritik

Berlin. (dapd) Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) setzt auf ein abgestimmtes Vorgehen der Bundesländer. „Für mich ist wichtig, dass die Länder bereit sind, ihre Ziele zu verändern, anzupassen“, sagte Altmaier. Dies wolle er einfordern. Am Ende müsse es eine abgestimmte Ausbauplanung geben. Zentrales Steuerungsinstrument hierfür soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sein. Unterdessen meldete sich Altmaiers Vorgänger Norbert Röttgen (CDU) erstmals seit seinem Rücktritt wieder zu Wort und warnte davor, die Energiewende zu zerreden.

Vor allem in Folge steigender Strompreise waren in den vergangenen Wochen Zweifel an der Energiewende laut gewor-

den. Auch die Ziele sind umstritten. Während die norddeutschen Länder vor allem auf einen verstärkten Ausbau der Windkraft setzen, sorgen sich die süddeutschen Länder um ihre Versorgungssicherheit und treiben eigene Konzepte voran. Nach dem Energiegipfel am Freitag demonstrierten Bund und Länder allerdings Einigkeit. Schwerpunkte der Unterredung waren der Netzausbau, der Zustand der Kraftwerke und erneuerbare Energien insgesamt.

Altmaier bezeichnete die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz als zentrales Element für die Steuerung der Energiewende. „Nur dadurch können wir auch den Ausbau der Netze mit in die Überlegungen der Förder-

politik einbeziehen“, sagte er im Deutschlandfunk. Allerdings sei die Tragweite dieser Reform beträchtlich und fast mit einer grundlegenden Sozialreform zu vergleichen. Das Treffen im Kanzleramt sei allerdings ein „Durchbruch“ gewesen, da sich Bund und Länder nun auf gemeinsame Ziele verständigt hätten. Er räumte jedoch ein, dass noch keine konkreten Maßnahmen beschlossen seien.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fordert ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Stromnetze. Nur so könnten die Chancen genutzt werden, die sich gerade in Norddeutschland böten, sagte Merkel beim Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Zugleich kritisierte sie Politiker, die sich

einerseits für den Netzausbau aussprächen, andererseits aber lokale Bürgerinitiativen zur Verhinderung von Stromtrassen unterstützten. „Wir müssen aufpassen, dass wir hier glaubwürdig bleiben, sonst können wir die Menschen vor Ort nicht überzeugen“, sagte sie. Diese gelte für Politiker aller Couleur.

Trotz der demonstrativen Einigkeit von Bund und Ländern nach dem Energiegipfel zeigte sich Ex-Umweltminister Röttgen besorgt über die in den vergangenen Wochen geäußerte Kritik an der Energiewende. „Unser Land hat mit der Entscheidung für die Energiewende eine strategische Rolle eingenommen. Nicht nur deshalb sollten wir uns davor hüten, die Energiewende als Problemfall

darzustellen“, so Röttgen. Er sei sich „ganz sicher“, dass das Vorhaben gelinge. Andere Staaten würden später einen ähnlichen Weg einschlagen.

CSU-Chef Horst Seehofer gab zu bedenken, dass die Energiewende in Deutschland schneller vonstattengehen könnte. „Die vereinbarten Termine sind Termine, die auch unterbunden werden können“, sagte der bayerische Ministerpräsident. „Wir sollten jeden Tag darauf achten, dass wir auch noch schneller sind, als das jetzt von der Bundesregierung angestrebt wird.“

Die Bundesregierung hat bisher einen Ökostrom-Anteil von mindestens 35 Prozent bis zum Jahr 2020 als Ziel festgelegt. Derzeit liegt der Anteil mit 25 Prozent deutlich über Plan.